Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote“ erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 9.–, durch die Post bezogen Mark '.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile ·0 Pfennig, nach auswärts Mark 1.—.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 13 | Mittwoch, den 15. Februar 1922 | 56 Jahrgang.

Amtliches

Bekanntmachung.

Städtischer Brennholzverkauf.

Den Bedürfnissen derjenigen unserer Bürger Rechnung zu tragen, die dringend Brennholz benötigen, wird der Magistrat Freitag und Sonnabend, den 17. und 18. d. Mts. auf dem Hofe des Rathauses Holz verkaufen.

Berücksichtigt wird nur, wer sich bis Donnerstag Nachmittag in Zimmer 3 des Rathauses in eine Liste hat eintragen lassen. Die Menge, die im Einzelfalle verabfolgt werden kann, jedoch 2 Meter nicht übersteigen darf bestimmt der Magistrat. Der Preis (Selbstkosten) beträgt 80 Mk. pro Meter und muß sofort erlegt werden.

Elbingerode, den 14. Februar 1922.

Der Magistrat: Selke.

Lokales

und aus dem Harzgebiet.

Elbingerode, den 15. Februar 1922.

Der Religionsunterricht in der Schule.

Das Landeskonsistorium erläßt folgenden Aufruf:

Die verfassunggebende Kirchenversammlung der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover hat gegenüber der täglich wachsenden Propaganda für die bekenntnislose Schule und für die sogenannte Gemeinschaftsschule einstimmig erklärt, daß sie sich voll und ganz auf den Boden der Beschlüsse des zweiten deutschen evangelischen Kirchentages zu Stuttgart stellt und in Uebereinstimmung mit ihm für die Kinder der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover nachdrücklichst Schulen ihres Bekenntnisses fordert, in denen das ganze Schulleben von einem einheitlichen Geist durchdrungen ist, und in denen darum der Charakterbildung am besten gedient wird.

In freudiger Zustimmung zu dieser Erklärung treten auch wir dafür ein, daß in den Gemeinden unserer Landeskirche die evangelisch-lutherische Schule erhalten bleibt. Wir begehren nicht, daß die Kirche in der Schule oder gar über die Schule die Herrschaft hat. Aber wir verlangen, daß der evangelisch-lutherische Religionsunterricht seine Stellung in der Schule behält und daß die evangelisch-lutherische Welt- und Lebensauffassung das ganze Schulleben bestimmt. Denn der fromme und sittliche Mensch im Geist des Evangeliums ist das oberste Ziel der Erziehung, von dem wir um unseres Volkes und um unserer Kirche willen nicht lassen dürfen.

Es sind jetzt starke Kräfte eifrig am Werk, die evangelische Schule, die wir bisher gehabt haben, zu beseitigen. Die Entscheidung steht nahe bevor. Durch die Reichsverfassung ist den Erziehungsberechtigten ein entscheidender Einfluß auf die künftige Gestaltung der Schule eingeräumt. Darum wenden wir uns jetzt an Euch, Ihr evangelisch-lutherischen Eltern, mit der dringenden Bitte und Mahnung: macht Gebrauch von Eurem Recht zur Verteidigung und Erhaltung der evangelischen Schule! Laßt sie Euch und Euren Kindern nicht nehmen! Fordert einmütig, daß sie erhalten bleibt! Schart Euch zusammen unter der Losung: für evangelische Schulen! Einigkeit macht stark und führt mit Gottes Hilfe zum Siege.

Wir sind überzeugt, daß diese beherzigenswerten Worte die Zustimmung der großen Mehrzahl unserer Eltern finden werden.

— **Die Halberstadt-Blankenburger-Eisenbahnverwaltung** hat beim Landratsamt Beschwerde geführt, daß entgegen dem allgemeinen Verbot, die Eisenbahnstrecke beim Schichtwechsel von den Elbingeröder Arbeitern benutzt wird, als sei sie ein öffentlicher Weg. Insbesondere klagt der Streckenwärter, er werde gehöhnt und seine pflichtgemäßen Anordnungen würden verlacht. Abgesehen von der schweren Bestrafung, die wiederholte Uebertretungen nach sich ziehen, ist es überaus häßlich, einen alten Beamten, der seiner Pflicht nachkommt, das Leben so schwer zu machen. Mit Recht wird auf die Betriebsgefährdung hingewiesen, die auf das Festtreten des Schnees in den Schienen entstehen kann. Wir bitten daher unsere arbeitenden Mitbürger auf diejenigen einzuwirken, denen offenbar der sträfliche Leichtsinn ihres Handelns nicht recht klar ist. Schließlich ist doch die Eisenbahnstrecke keine Promenade, auf der man träumerische Mondscheinfahrten unternehmen kann. M.

— Ein brauner **Pelzkragen** ferner ein **Hausschlüssel** sind gefunden worden. Abzuholen im Rathaus, Zimmer 2.

— **Das Postauto** verkehrt den ungünstigen Schneeverhältnissen wegen bis auf weiteres nicht.

— **Der Wert der deutschen Mark** in Amerika war Sonntag 2,11 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 201,01 Mark, während in Berlin der Dollar zuletzt amtlich 199,80 Geldkurs notierte.

— **Sepp Oerter.** Das Braunschweiger sozialdemokratische Blatt veröffentlicht aufsehenerregende Enthüllungen über die Art, wie Sepp Oerter sein Amt als Ministerpräsident zu privatem Vorteil mißbrauchte. Das Blatt veröffentlicht ein Brief, den Oerter an einen Mitbesitzer der Weser Steinbrüche G. m. b. H., L. Wemmel in Hehlen, gerichtet hat, und dessen Echtheit Oerter selbst einräumt. Oerter schlägt in diesem Brief dem Industriellen vor, „die Beziehungen, welche mich mit Ihnen verbinden, zu dauernden für Gegenwart und Zukunft zu machen.“ Er schlägt deshalb einen Vertrag vor, der ihn „zu Beistand mit Rat und Tat“ verpflichtet und, falls eine Ablösung von seiner Ministerpräsidentschaft erfolgt, ihn dauernd in die Dienste des Unternehmens stellt. Als Gegenleistung will er für die Dauer seiner Ministerpräsidentschaft eine Tantieme von 3 v. H. aus dem buchmäßigen Reingewinn, die sich steigert auf 10 v. H., wenn er dauernd in die Dienste des Unternehmens tritt. — Das Braunschweiger Blatt der U.S.P.D. nimmt zu diesen Enthüllungen folgendermaßen Stellung: „Der „Volksfreund“ veröffentlicht das Fragment eines Briefes Sepp Oerters, den er während seiner Ministerpräsidentschaft an den Fabrikanten Wemmel in Hehlen geschrieben hat. Ob der Brief abgeschickt ist, weiß der „Volksfreund“ nicht. Daß er aber geschrieben worden ist, hat Oerter selbst in einer Sitzung zugegeben.“ Es wird dann der Brief Oerters an Wemmel, der als „Fragment“ bezeichnet wird, und ein Briefwechsel zwischen den beiden sozialdemokratischen Landtagsfraktionen abgedruckt. Eine parteiamtliche Entscheidung bringt das Blatt der U. S. P. D. noch nicht; scheinbar bleibt es also bei Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Die Schriftleitung des Parteiorgans der Unabhängigen schreibt, soweit die Ausführungen Herrn Oerter betreffen, folgendes: „Bestätigen sich die Angaben des „Volksfreund“, so ist es allerdings im Interesse der Partei nur eines zu tun, nämlich, unsere Mitglieder aufzuklären, daß sie nicht für Personen kämpfen, sondern für die Idee des Sozialismus, für die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joche des Kapitalismus. Die Partei, das Wohl der Gesamtheit, muß über das Wohl des Einzelnen gesetzt werden. Wir wären sonst nicht Sozialisten.“ — In der „Br. Ldsztg.“ veröffentlicht der Großfabrikant Wemmel in Hehlen eine eidesstaatliche Erklärung, daß er den bekannten Brief des früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Oerter, in dem dieser für geleistete amtliche Dienste 3 v. H. des Reingewinnes sämtlicher Wemmelscher Unternehmungen fordert, niemals empfangen und auch niemals für derart geleistete Dienste Gegenleistungen von ihm empfangen habe.

— **Revision Otto Otto—Oerter-Prozeß.** Gegen das Urteil der ersten Strafkammer in Braunschweig, das am 31. Januar 1922 gegen Otto Otto gefällt wurde, hat Otto Otto sofort Revision eingelegt. Abgesehen von den rein formalen Gründen, die eine Revision herbeiführen sollen, haben sich nachträglich wichtige Schriftstücke vorgefunden, die wegen des so schnell in Szene gesetzten Verfahrens (durch Verfügung des Justizministers Junke) nicht rechtzeitig zur Stelle gebracht werden konnten und haarscharf beweisen, daß Otto keine Bestechung vornahm, sondern, daß Oerter ihm das Geld abverlangte, denn zu einer Bestechung lag für Otto keine Veranlassung vor. Oerter hat Otto 20 000 Mark abgenommen und zwar in 2 Raten; die letzten 10000 Mark vier Wochen nach Erlangung der Berufsauszeichnung, nachdem er Otto vorher bedroht hatte, er könne auch die Berufsbezeichnung entziehen. Otto Otto machte von der Amnestie grundsätzlich keinen Gebrauch, er beharrt auf der Revision, gegebenenfalls auf Grund seiner neuen Beweise auf ein Wiederaufnahmeverfahren.

— **Für die Not der Kleinrentner.** Von den vom Reich zur Unterstützung der notleidenden Kleinrentner bereitgestellten 100 Millionen Mark sind auf Preußen 61,8 Millionen Mark entfallen. Diese Summe wird auf die einzelnen Provinzen wie folgt verteilt: Ostpreußen 3 200 000 Mark, Brandenburg 3 500 000 Mark, Berlin 7 400 000 Mark, Pommern 2 300 000 Mark, Nieder- und Oberschlesien 8 300 000 Mark, Sachsen 5 000 000 Mark, Schleswig-Holstein 2 400 000 Mk., Hannover 4 500 000 Mark, Westfalen 8 000 000 Mark, Hessen-Nassau 3 700 000 Mark, Rheinprovinz 12 600 000 Mark, Grenzmark 800 000 Mark, Hohenzollern 100 000 Mark.

— **Die Kirchensteuer 1921 endgültig nach 1920.** Die Kirchensteuer vom Einkommen wird für das Rechnungsjahr 1921 endgültig nach der Einkommensteuer für 1920 erhoben. Es stellt dies eine Verfügung des Ministers für Volksbildung ausdrücklich fest, der der Oberkirchenrat bereits zugestimmt hat. Dies gilt schon für das letzte Vierteljahr des Rechnungsjahres 1921. Eine vorläufige Kirchensteuer gibt es nicht mehr.

— **Zum Kampf um die Gewerbesteuer in Preußen.** Wie wir hören, ist man von dem Gedanken abgekommen, schnellstens eine Novelle zur Gewerbesteuer in Preußen vorzulegen, um die Klasseneinteilung zu beseitigen und die gewerbesteuerfreie Mindestgrenze zu erhöhen. Man will zunächst die Novelle zum Landessteuergesetz abwarten, welche bereits dem Reichsrat vorgelegt worden ist. Diese Novelle zielt darauf ab, den Gemeinden größere Erträge aus den Reichssteuern zuzuführen, um so die Hauptursache für die übermäßigen Gewerbesteuerüberlastungen durch die Gemeinden zu beseitigen. Es wird allerdings dann noch sehr darauf ankommen, ob es nach Ergehen dieser Novelle zum Landessteuergesetz wirklich gelingt, die Gemeinden zum Abbau ihrer hohen Gewerbesteuern zu zwingen. Auf jeden Fall sollte in allen Gemeindeparlamenten die Erhöhung der Gewerbesteuer auf das schärfste bekämpft und verhindert werden mit dem Hinweis darauf, daß die Novelle zum Landessteuergesetz den Gemeinden erhebliche Beträge aus Reichsmitteln zur Verfügung stellen wird. Wir verweisen hierbei auch darauf, daß das Reich zur Deckung der durch die Gehaltserhöhungen der Kommunalbeamten und Arbeiter notwendigen Beträge bereit ist, aus Reichsmitteln Steuervorschüsse für die Gemeinden zu gewähren. In ländlichen Gemeinden ist darauf hinzuweisen, daß eine gerechte Verteilung der Lasten auf landwirtschaftlich genutzten Grundbesitz und Gewerbebetrieb nur dann vorliegt, wenn die Grundsteuer prozentual sechs mal so hoch wie die Gewerbesteuer belastet wird. Das sind weitere Waffen gegen Gewerbesteuererhöhungen. Die Handwerksvertreter in den Gemeindeparlamenten müssen energisch von diesen Waffen Gebrauch machen.

— **Die Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheimsche ritterschaftliche Kreditkommission in Hannover** hat in diesen Tagen den Bericht über die Geschäftslage der von ihr vertretenen Anstalt betr. das Rechnungsjahr 1920/21 zur Versendung gebracht. Wir entnehmen daraus, daß der Nennbetrag der am Schlusse des Geschäftsjahres umlaufenden Schuldverschreibungen (Obligationen) des Kreditvereins 43 063 350 Mk. (i. Vorj. 39 423 950 Mk.) betrug. Dagegen belief sich die Summe der durch Tilgungsguthaben nicht gedeckten Teile der von der Anstalt ausgegebenen Darlehen auf 42 611 957,83 Mk. (38 909 532,89 Mk.). Für bewilligte, aber noch nicht ausgezahlte Darlehen war ein Barbestand von 1 046 394,42 Mk. (1 326 263,11 Mk.) vorhanden. Rückzahlungen auf Darlehen sind zufolge der Flüssigkeit an Zahlungsmitteln, welche auch auf dem Lande herrscht, wiederum in nennenswertem Maße erfolgt. Zusammen mit den satzungsmäßigen Abträgen machten sie 1 517 275,06 Mk. (1 360 612,14 Mk.) aus. Um so beachtenswerter ist im Unterschiede von der Mehrzahl anderer Grundkreditanstalten, insbesondere der Hypothekenbanken, bei welchen das Kreditbegehren im allgemeinen außerordentlich schwach war, die erhebliche Beleihungstätigkeit des Ritterschaftlichen Kreditvereins, die in dem Anwachsen seiner Darlehnsforderungen um rund 10 % des vorjährigen Standes sich zeigt und im laufenden Jahre, wie wir hören, in noch stärkerem Maße fortgeschritten ist. Zurückzuführen ist diese Tatsache hauptsächlich auf den Kreditbedarf der größeren Grundbesitzer anläßlich der Reichsnotopfer-Entrichtung. Diese starke Inanspruchnahme des gemeinnützigen Instituts, das übrigens land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz aller Art und jeder Größe beleiht, sofern er in den alten Fürstentümern Calenberg, Göttingen, Grubenhagen und Hildesheim (also etwa den Regierungsbezirken Hannover und Hildesheim) belegen ist und einen Wert von mindestens 18 000 Mk. hat, läßt sich gut verstehen, wenn man eine Fußnote in dem Jahresbericht beachtet, wonach sich das Geld für die Darlehnsschuldner auf nur 3.6875 % (3,625) bezw. 4.1875 % (4,125) stellte, je nach dem, ob es sich um alte oder neuere Schuldverhältnisse handelt. Der Vorstand rechnet mit einer Fortdauer dieses ungemein günstigen Zins- (genauer „Beitrags“-) Satzes in der Voraussicht, daß diejenigen, welche es angeht, auch künftig ihren Kapitalbedarf bei dem Kreditverein zu decken suchen und dadurch zu dessen Weiterentwickelung beitragen werden.

— **In der Wintertagung der Vereinigung Niedersächsischer Handelskammern** (Bielefeld, Detmold, Emden, Geestemünde, Göttingen, Goslar, Hannover, Harburg, Hildesheim, Lüneburg, Minden, Oldenburg, Osnabrück, Verden, Pyrmont, Stadthagen) die im Januar unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrat Senator Beindorf in der Handelskammer zu Hannover abgehalten wurde, war die Frage der Erstattung des erhöhten Goldzolles Gegenstand eingehender Erörterung; die Ausarbeitung ins einzelne gehender Vorschläge hierzu wurde einer Kommission überwiesen. — Der scharfe Einspruch, den die Vereinigung gegen den im Steuerausschuß des Reichstags gestellten Antrag auf Befreiung der Genossenschaften, Konsumvereine und dergl. von der Umsatzsteuer erhoben hat, fand allgemeine Billigung; dagegen sprach man sich für die Befreiung der Agenten von der Umsatzsteuer aus. — Weiter wurde beschlossen, sich für vorübergehende Aufhebung des Identitätsnachweises im gewerblichen Veredelungsverkehr dahingehend einzusetzen, daß zollfreie Einfuhr von ausländischem Rohmaterial und ausländischen Halbfabrikaten lediglich unter der Bedingung möglich ist, daß eine bestimmte Menge Halb — bezw. Fertigfabrikate gleicher Art wieder ausgeführt werden, wobei es gleichgültig sein soll, ob die auszuführenden Waren aus den zur Veredelung eingeführten oder aus gleichartigem inländischen Ursprungs hergestellt sind. — Ferner wurde zu den für die Gewerblichen Betriebezähler 1922 in Aussicht genommenen Fragebogen Stellung genommen und verschiedene Abänderungsvorschläge hierzu beschlossen. — Außerhalb der Tagesordnung hielt der Geschäftsführende Sekretär des des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes einen Vortrag über die Frage des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich.

Blankenburg. Die Stadtverordneten hatten für die Erbauung von 8 Wohnungen am Schäferplatz 500000 Mark bewilligt. Die Häuser sind jetzt fertig geworden, kosten aber 1 050 000 Mark, sodaß also die Kosten für eine Wohnung sich auf 200000 Mark belaufen. Die fehlende Summe von 550000 Mark wurde nachbewilligt. Da beim geplanten Bau zweier weiterer Häuser an der Michaelisteinerstraße sich dieselben Verhältnisse herausstellen würden, beschloß man, diese Häuser auf städt. Grundbesitz zu erbauen. Als Baukosten wurden 1 335 000 Mark bewilligt. Für die Unterstützung von Sozialrentnern sind 220 000 Mark erforderlich, da von 165 eingegangenen Anträgen 123 begründet sind. Da 80 v. H. das Reich trägt, entfallen 44009 Mark auf die Stadt; die Summe wurde bereitgestellt. Dem Ankauf von 100 000 Mark junger Aktien der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn wurde nachträgliche Zustimmung erteilt. Für das Freimachen von Wohnungen wurde ein besonderer Vergütungssatz beschlossen, der beträgt für jeden Quadratmeter großen Wohnraum 400 Mark, darunter 300 Mark bei Umzug nach außerhalb bei 16 Quadratmeter großen Räumen je 600 Mark und darunter 450 Mark. Ferner bemerkte der Rat, daß, falls bis zum 1. März das neue Höchstmietengesetz nicht erlassen sei, die Stadt dann eine eigene Höchstmietenordnung festsetzen werde.

Halberstadt. Der Letzte von Mars-la-Tour. Dieser Tage wurde auf dem Mariendorfer Friedhof in Berlin der im Alter von 78 Jahren verstorbenene Obersteuerkontrolleur Lang zu Grabe getragen. Er hatte am 16. August 1870 im Kürassier Regiment von Seydlitz, Magdeburgisches Nr. 7, an dem unvergeßlichen „Todesritt“ der Brigade Bredow teilgenommen und war der Letzte der Wenigen des Regiments, die diesen Ritt überlebten, der letzte lebende Zeuge eines Stückes deutscher Kriegsgeschichte.

Halle. Die böse Stiefmutter. Wie aus Halle berichtet wird, schritt gegen eine unglaubliche Roheit, die sich ein Ehepaar in Hesselbach gegen seinen elfjährigen Sohn hat zuschulden kommen lassen, jetzt die Staatsanwaltschaft ein. Der Knabe fuhr vor einigen Tagen sein kleines Schwesterchen im Schlitten. Da das Kind unterwegs seinen Säuger verloren hatte, befahl die Stiefmutter dem Knaben, nochmals zurückzugehen und das Verlorene zu suchen. Er sollte aber nicht wagen, ohne den vermißten Gegenstand zurückzukehren, da der Vater ihn sonst totschlagen würde. Daraufhin blieb der Knabe vier Tage lang verschwunden, ohne daß sich die Eltern darum kümmerten. Dann fanden ihn einige Bäuerinnen im Nachbarort mit erfrorenen Füßen in einer Scheune. Sie brachten ihn zu den Eltern. Diese jedoch kümmerten sich noch immer nicht um den Knaben, obwohl das Fleisch an den Füßen bereits in Verwesung überzugehen begann. Der Kleine wurde endlich in das Distriktskrankenhaus Kronach geschafft, wo ihm beide Beine amputiert werden mußten.

Eingesandt.

Auf das Eingesandt vom 11. 2. 22 im Harz-Boten möchte ich folgendes erwiedern: Das Wort „Solidarität“ birgt vieles in sich und ist gerade nicht das Ideal derjenigen Einwohner, die sich finanziell etwas und viel besser stehen wie der gewöhnliche produktive Arbeiter, dessen Prinzip es ist, Sozialismus und Solidarität zu üben.

Muß denn der Arbeiter mit seiner schon ohnehin geschwächten Arbeitskraft, — denn diese ist doch nur das Vermögen desselben — wieder an der Spitze marschieren?

Die Frage werfe ich hier auf, warum nicht von den bessersituirten Einwohnern Solidarität geübt wird, die eine 3—4 Zimmerwohnung innehaben, da doch nach dem Wort „Sozialismus“ das nationale Anteil gleich sein soll und könnte doch diese wenigstens auf 2 Zimmer beschränkt werden, ich glaube, die Kalamität wäre etwas behoben.

Meiner Ueberzeugung nach glaube ich nicht, daß sich ein Hausbesitzer mit der Freischicht pro Quartal einverstanden erklären wird, trotzdem er durch die Wohnungsnot indirekt auch gedrückt wird.

Ich möchte an dieser Stelle dem Wunsche Ausdruck geben, doch, bevor das Gewerkschaftskartell Umfrage hält oder darüber abstimmen läßt, ob die Arbeiter von ihrem Vermögen bestehend in Arbeitskraft den Wohnungssuchenden und zugleich den 3 und 4 Zimmerwohnungsinhabern unterstützen wollen, — denn diese werden doch mit unterstützt, weil durch Aufhebung der Wohnungsnot diesen ihre Zimmer belassen werden. Erkundigungen von den Industrieinhabern, sowie Landwirtschaft und Gewerbetreibenden einzuholen, inwieweit diese Herren Sozialismus und Solidarität üben wollen und werden wir als produktive Arbeiter dann auch dazu beitragen, was dem Guten dienlich ist.

(Wir bitten um weitere Stellungnahme und Aussprache in dieser Angelegenheit. D. R.).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220215-13/fragment/page=1

Anleihen in jeder Form.

Von unserem ⊙-Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die Zwangsanleihe wird kommen, das unterliegt keinem Zweifel mehr. Denn Regierung und Reichstagsmehrheit haben sich feierlich auf sie festgelegt, und auch der Entente gegenüber hat der Reichskanzler die Verpflichtung übernommen, den Versuch zu machen, auf diesem Wege die Leistungsfähigkeit Deutschlands zur Erfüllung seiner Schuldverpflichtungen zu erhöhen. Aber wer geglaubt hat, die Zwangsanleihe werde die Möglichkeit einer freiwilligen inneren Geldaufnahme des Reiches ausschließen, der hat die nahezu verzweifelte Lage unserer Staatsfinanzen doch noch immer nicht genügend ernst eingeschätzt. Reichsfinanzminister Hermes hat jedenfalls die Gelegenheit seiner Etatsrede im Reichstag dazu benutzt, um dem Volke in dieser Beziehung jede Illusion zu nehmen. Nicht Zwangsanleihe oder freiwillige Anleihe, sondern Zwangsanleihe und freiwillige Anleihe heißt die Parole. Denn mit der einen Goldmilliarde, die im Zwangswege auf den Besitz gelegt werden soll, können wir nicht einmal den Wiederherstellungshaushalt ins Gleichgewicht bringen. Deshalb werden wir auch versuchen, versuchen müssen, an die Freiwilligkeit der Geldbesitzer zu appellieren. Nicht heute und nicht morgen, sondern erst, wenn das Vertrauen an die Festigkeit des Reiches wieder hergestellt und die äußeren Lasten auf ein erträgliches Maß zurückgeführt sind, sagt Dr. Hermes, denn sonst erleben wir abermals einen Mißerfolg, wie bei der Sparprämienanleihe.

Freilich, Zeitpunkt und Ort der freiwilligen Anleihe schweben eben noch so im Dunkeln wie alle näheren Bestimmungen über die Zwangsanleihe. Im Grunde ist, was diese beinhaltet, noch gar nichts näher ausgemacht, als nur das eine, daß sie für die ersten drei Jahre überhaupt nicht und später nur gering verzinst werden und daß erst von einer bestimmten Vermögenshöhe ab zugegriffen werden soll. Natürlich werden hier schon vermutungsweise die verschiedensten Summen genannt. Man spricht von einer unteren Grenze von 100 000 Mark, die frei bleiben soll. Man glaubt weiter, daß für die Veranlagung kein neuerer Stichtag als der 31. Dezember 1919, der Tag für die Veranlagung des Reichsnotopfers, in Betracht kommen kann, weil damals der Vermögensbestand im Reiche zum letztenmal aufgenommen worden ist. Bis zur nächsten, durch die neuen Vermögenssteuer bedingten Bestandsaufnahme zu warten, geht nicht an, weil das Reich so lange auf die Einzahlungen nicht warten kann, die die Zwangsanleihe ihm bringen soll. Und wenn es auch sicher ist, daß seit dem genannten Stichtag sich abermals sehr erhebliche Vermögensverschiebungen vollzogen haben, so muß man deren Erfassung doch notgedrungen der Zukunft überlassen, wenn anders nicht die Steuerbehörde vor Aufgaben gestellt werden soll, denen sie unmöglich gewachsen sein kann. Auch die freiwillige Anleihe, mit der für absehbare Zeit gerechnet wird, schwebt vorläufig noch sozusagen völlig in der Luft. Von der Kreditnot der Industrie, die Ende des vorigen Jahres so sehr viel von sich reden machte, ist es mittlerweile stiller und stiller geworden. Weiß doch auch niemand, wie weit seine Opferwilligkeit und Opferfähigkeit für Staat und — Entente in naher oder ferner Zeit in Anspruch genommen werden wird. Es heißt, daß die Produktionsstände von weitergehenden Plänen, die sie früher verfolgten, Abstand nehmen und erst einmal abwarten wollen, was geschehen wird. Schon hört man, daß in den Kreisen der Industrien arge Verwunderung über die Reichstagsankündigung des Finanzministers herrscht. Man rechnet in diesen Kreisen mit einer großen Geldknappheit im Frühjahr, da um diese Zeit doch schließlich einmal die Sachleistungen beginnen müssen, und kann sich keine rechte Vorstellung davon machen, woher daneben noch die Mittel für eine freiwillige Anleihe fließen sollen, zumal ja mittlerweile auch die endlich veranlagten Einkommensteuerbeträge zur Einziehung gelangen. Und wenn in der Presse hier und da davon die Rede ist, daß die innere Anleihe bei den ersten Kapitalgruppen Deutschlands möglich gemacht werden solle, also bei Industrie und Banken, bei Handel und Landwirtschaft, so sind solche Prophezeiungen natürlich ungemein billig. Wer aber dazu berufen wäre, sie in die Wirklichkeit überzuführen, würde doch wohl bald erkennen müssen, daß schließlich auch die Geldflüssigkeit unserer produktiven Stände ihre Grenzen hat.

Kurzum, reden und schreiben über die Deckungsmöglichkeiten für den ungeheuren Geldbedarf des Reiches läßt sich gewiß mehr, als man verantworten kann. Zu bedauern sind nur die armen Finanzkünstler, die von auslands- und inlandswegen dazu verurteilt sind, aus Häcksel Gold zu machen.

Die Eisenbahnerbewegung.

Keine Verhandlungen mit streikenden Beamten.

In der neuen Krisis im Verkehrswesen, die durch die Streikpläne der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner hervorgerufen ist, nimmt die Regierung den Standpunkt ein, daß Beamte unter keinen Umständen das Recht zum Streik haben. Darum will auch die Regierung mit streikenden Beamten auf keinen Fall in Verhandlungen eintreten. Vielmehr soll gegebenenfalls versucht werden, durch Beamte anderer Kategorien die eventuell den Dienst verweigernden Lokomotivführer und sonstigen Zugbeamten zu ersetzen. Das Kabinett äußerte sich in voller Einstimmigkeit dahin, daß „die innere und äußere Lage unseres Landes nicht duldet, daß von verantwortungsloser Seite durch Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs die Hand an die Gurgel des Staates gelegt wird.“ Die Regierung will deshalb mit äußerster Energie gegen solche Bestrebungen vorgehen. Gegen die Streikleitung der Reichsgewerkschaft erhebt sich auch

in ihren eigenen Reihen Widerspruch.

Die Gruppe der Oberbeamten ist schon vor einiger Zeit aus der Gewerkschaft ausgetreten, weil sie, wie amtlich erklärt wird, keine Lust hatte, die unverkennbare Radikalisierung mitzumachen. Auch der bayerische Verkehrsbeamtenverein hat seinen Austritt vollzogen. Die Regierung weist besonders darauf hin, daß der Streikbeschluß sachlich unbegründet sei, da die Reichsregierung sich zur Aufrollung der gesamten Besoldungsfrage bereit erklärt habe. Ferner will der Finanzminister einen Gesetzentwurf einbringen über die Frage der Wirtschaftsbeihilfen an Beamte in Orten mit schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Das ist für die Eisenbahnbeamtenschaft umso bedeutungsvoller, als hinsichtlich der Höhe der Wirtschaftsbeihilfen für die Eisenbahnarbeiter im Industriegebiet und im größten Teil des besetzten Gebietes bereits eine Einigung mit der Verwaltung erzielt ist und als die Erledigung auch für den Rest des Reichsgebietes in allernächster Zeit in Aussicht steht.

Die Eisenbahndirektionspräsidenten haben vom Verkehrsminister den Auftrag erhalten, durchaus selbständig alle Mittel anzuwenden, um den Verkehr, so gut es geht, aufrechtzuerhalten. Einmischung von Streikenden in irgendwelche Betriebe soll keinesfalls geduldet werden. Beim letzten wilden Eisenbahnarbeiterstreik in Dresden war die Weisung des Verkehrsministers, keine Verhandlungen zu führen, bekanntlich nicht befolgt worden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Steuern und Koalition.

Nach dem Abschluß des Steuerkompromisses plant das Parlament, die Verabschiedung der Steuervorlagen im Reichstage in der ersten Februarhälfte durchzuführen. Ob die Deutsche Volkspartei allen Steuerplänen zustimmen wird, ist noch eine offene Frage. Eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung ist zunächst nicht beabsichtigt, die Partei will erst die weitere Entwicklung der Dinge abwarten und sich vorläufig freie Hand bewahren. Der Kanzler soll den Wunsch hegen, den Posten des Finanzministers einem Volksparteiler anzubieten.

Das Gesetz über das Branntweinmonopol.

Der Reichsausschuß für Branntweinmonopol erledigte in zweiter Lesung das Gesetz über das Branntweinmonopol. Auf Antrag der Deutschnationalen erhielt Paragraph 177 einen Zusatz, der bestimmt, daß Oberbrennereien, deren Inhaber in den abgetretenen Gebieten eine Brennerei besessen, die sie aufgeben mußten, und im jetzigen deutschen Reichsgebiet fortsetzen wollen, auf Antrag bereits im Betriebsjahr 1921-22 zum Brennrecht zu veranlagen sind. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1922 in Kraft treten.

Bayern und die Justizreform.

Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages wurden die Reformpläne des Reichsjustizministers Radbruch besprochen. Hofrat Dr. Meyer erklärte, schwere Bedenken habe die bayerische Justizverwaltung gegen den Plan des Reichsjustizministers, durch eine Novelle die Ehescheidung zu erleichtern. Man solle sich hüten, durch Verletzung heiliger Gefühle weitester Volkskreise, die die Ehe als Grundlage von Familie und Staat ansehen, gefährliche Weltanschauungsgegensätze wachzurufen. Der Redner sprach sich weiter gegen die Aufhebung des Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches aus und bemerkte ferner, daß der Reichsjustizminister neuerdings eine Reichsamnestie anregte, die aber von Preußen und Bayern abgelehnt werde.

*

Braunschweig. Die Landtagswahlen sind vom Senatspräsidenten Hampe insoweit angefochten worden, als bei der Briefwahl mehrere hundert Stimmen wegen ungenügenden Verschlusses der Umschläge für ungültig erklärt worden sind.

Paris. In den Kreisen der alliierten Diplomaten macht sich immer mehr der Gedanke geltend, daß der Zusammentritt der Konferenz von Genua um etwas verschoben werden sollte.

Paris. Die Konferenz der Außenminister von England, Frankreich und Italien zur Behandlung des Orientproblems soll nicht vor dem 9. Februar erfolgen, da am 7. Februar die Sitzungen des britischen Parlaments wieder aufgenommen werden.

Paris. In Kalkutta brachen ernste Unruhen aus bei dem Versuch, Gefangene aus den Händen der Polizei zu befreien. Die Polizei feuerte, es gab Tote und Verwundete. 400 Personen wurden verhaftet.

Washington. Im Senat erklärte Senator Borah, in den Vereinigten Staaten und im Auslande seien mächtige finanzielle Einflüsse am Werke, deren Ziel es sei, daß die alliierten Nationen die den Vereinigten Staaten geschuldeten elf Milliarden Dollar niemals zurückzahlen sollten.

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitereignisse.

* Dr. Rathenau ist zum Reichsaußenminister ernannt worden.

* Der Finanzminister will einen Gesetzentwurf einbringen, durch den er ermächtigt wird, Wirtschaftsbeihilfen für Beamte in besonders teueren Orten auszuzahlen.

* Die erste Strafkammer des Landgerichts Braunschweig verurteilte den früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Sepp Oerter wegen Bestechlichkeiten zu vier Monaten Gefängnis.

* Die Reparationskommission hat den alliierten Regierungen die Denkschrift des deutschen Reichskanzlers übermittelt, ohne dabei ein Urteil über den Wert der deutschen Vorschläge zu äußern.

* Infolge Verschiebung der Konferenz der Außenminister rechnet man mit einem Aufschub der Konferenz in Genua, die wahrscheinlich erst nach Ostern zusammentreten wird.

* Japan hat die Vorschläge über die Befestigungen im Stillen Ozean angenommen.

Arbeitsgerichte.

Schleuniges und billiges Verfahren.

Im Reichsarbeitsministerium ist der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes fertiggestellt worden. Er soll in kürzester Zeit mit den Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten werden.

Nach dem Vorbild der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte will der Entwurf einheitliche Arbeitsgerichte einrichten und die Vorzüge eines schleunigen und billigen Verfahrens unter paritätischer Heranziehung von Laienbeisitzern allen Arbeitnehmern zugänglich machen. Im Interesse der Rechtseinheit und der zweckmäßigen Ausnutzung vorhandener Einrichtungen sollen die neuen Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten in eine organische Verbindung treten, bei der die erforderlichen sozialen Bürgschaften gesichert sind. Hierdurch soll zugleich erreicht werden, daß die ordentlichen Gerichte, anstatt durch Abtretung großer wichtiger Rechtsgebiete zu verkümmern, auch auf ihren sonstigen Tätigkeitsgebieten unter dem Einfluß der Beschäftigung mit sozialen Fragen in enger Fühlungnahme mit sachkundigen Laien stehen.

Durch die im Entwurf vorgesehene Übernahme der Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Vorsitzende der neuen Arbeitsgerichte soll ihre in langjähriger Praxis gewonnene Erfahrung nicht nur für die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, sondern auch für die Heranbildung eines Stammes jüngerer Juristen, die künftig zu Vorsitzenden von Arbeitsgerichten berufen werden, nutzbar gemacht werden.

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Häßler.

48] (Nachdruck verboten.)

Seit etwa fünf Monaten war Max in seiner Stellung, eine Art Faktotum oder Sekretär bei einem alten Chemieprofessor, dessen Vorlesungen er einst eifrig besucht, den er später, als er Schiffbruch gelitten, aufgesucht und dem er seine Not geklagt hatte. Der alleinstehende Sonderling hatte sich seiner angenommen, teils aus Mitleid, teils, weil er ihn wirklich gebrauchen konnte, denn ein Faktotum, das zugleich sein Famulus und bei seinen chemischen Experimenten sein Assistent sein konnte, war von jeher sein unerfüllter Traum gewesen. So waren beide Teile höchlich miteinander zufrieden, und Max erfüllte seine Pflichten auf das gewissenhafteste.

Und nun bemühte sich Felix schon seit mehr als einer Stunde, von allen möglichen Formen des Alkohols unterstützt, seinem Freunde klarzumachen, daß seine Bedenken, ihm die erbetene Gefälligkeit zu leisten, absolut unbegründet seien. Er hatte ihn gebeten, ihm ein Gift zu geben aus dem reichen Assortiment chemischer Präparate in seines Herrn großem Laboratorium, ein Gift von schneller und möglichst schmerzloser Wirkung. Er hatte diese Bitte wie ein eigensinniges Kind mit allen nur erdenklichen Gründen und Erfindungen unterstützt, aber bisher hatte Max nur immer seinen Vogelkopf geschüttelt und gesagt: „Nein Felix, so gern ich dir den Gefallen täte, ich kann's nicht. Ich verliere womöglich meine Stellung, wenn's herauskommt.“

„Wie soll es denn rauskommen, wenn ich es für mich gebrauche für den Fall, daß ich die Komödie nicht mehr mitmache und mir einmal nicht mehr anders helfen kann“, fuhr Felix fort im Zureden. „Wenn ich tot bin, kann doch kein Mensch wissen, woher ich das Zeug hatte. Das siehst du doch ein? Und begreifst du denn nicht, Mensch, daß mir mal was passieren kann, wo es besser ist, ich bringe mich rechtzeitig um die Ecke. Du hast mir doch selbst erzählt, daß du auch schon dicht daran gewesen bist.“

„Ja, ja — ich weiß wohl. Und hundertmal habe ich mir, wenn mir's gottserbärmlich ging, das kleine Pulver angesehen und damit förmlich geliebäugelt. Ich wäre in solchen Stunden der Hoffnungslosigkeit wohl längst ins Wasser gegangen, oder so was Ähnliches hätte ich gemacht, wenn ich nicht das Pülverchen gehabt hätte. Damit aber hatte ich die sichere Gewißheit, daß ich ja jeden Augenblick Schluß machen konnte, und die Gewißheit gab mir die Ruhe, die Sache immer wieder zu verschieben und alles zu ertragen.“

„Also begreifst du mich doch, Max, kannst mir doch nachfühlen, wenn ich auch so einen Talisman haben möchte. Ich will's ja nur mit mir rumtragen wie einen Schlüssel zu einem Notausgang. Wer auf der Welt soll denn überhaupt jemals auf den Gedanken kommen, daß du es warst, der mir diesen Schlüssel gegeben hat? Was hast du denn übrigens mit deinem Pulver gemacht, als du's nicht mehr brauchtest?“

„Aufgehoben hab' ich mir's, zur ewigen Erinnerung“, erwiderte der Studiosus und lächelte vor sich hin.

„Wo hast du's denn?“

„In meiner Bude. Das gehört seitdem zu meinen Heiligtümern und liegt unter meinen sogenannten Jugenderinnerungen.“

In diesem Augenblick rief Felix den Kellner, um zu zahlen und legte einen nagelneuen Fünfzigmarkschein auf den Tisch, wobei er den langen, wehmütigen Blick auffing, mit dem Max Mir die Banknote streifte.

Der Zahlkellner wechselte, und zwei Goldstücke neben dem übrigen Silber lagen auf dem Marmor.

Felix machte keine Miene, das Geld einzustecken, sondern blickte träumend vor sich hin und ließ dem andern vollkommen Zeit, sich an den, wohlgetroffenen Bildern des Königs von Württemberg und des kaiserlichen Landesherrn satt zu sehen.

„Du, Max, hör mal zu“, sagte er dann ganz ruhig, indem er die Hand auf den Arm des einstigen Studenten legte, „ich will dir mal einen Vorschlag machen!“

Der Angeredete, den die Stimme seines Freundes in seinen Berechnungen unterbrach über alles das, was man sich für dieses Geld kaufen konnte, sah den Sprecher erwartungsvoll an, und Felix fuhr fort:

„Das Geld, das du hier siehst, ist meine ganze Barschaft. Verstehst du? Aber ich reise morgen fort von Berlin, weit weg, vielleicht für immer und habe ein Geschäft vor, das mir soviel einbringen kann, um mir ein neues Leben zu schaffen. Du weißt am besten, was das heißt, ein neues Leben! Wenn's glückt — na, dann bin ich eben ein gemachter Mann, wenn's mißglückt, brauch' ich den Schlüssel zu der bewußten Hintertür. Willst du mir das Pulver, das du noch hast, zum Andenken mit auf die Reise geben, dann wollen wir brüderlich den Kram da miteinander teilen. Willst du? Ich hab' nicht mehr lange Zeit — ja oder nein?“

Einen Moment lang schwankte Max noch.

„Komm“, sagte er dann kurz und stand auf, nahm seinen Hut und hing sich den etwas kurzen Havelock um.

„Also gut, nimm!“ erwiderte Felix und schob ihm die zwanzig Mark hin, die Max mit zitternden Fingern ergriff und in die Westentasche gleiten ließ.

Dreiviertel Stunden später hatte Felix, was er wollte und ging mit finster gefurchter Stirn seinem Hotel zu. Ihm war überhaupt ganz eigenartig zumute, schon den ganzen Tag über, und er konnte sich in sich selbst gar nicht mit dem gewohnten Gleichmute zurechtfinden. Es steckte etwas in ihm, was er sich nicht definieren konnte, etwas Fremdes, Unbekanntes, das ihm unheimlich war. Seine wundervolle Sorglosigkeit, mit der er früher alle Kollisionen mit dem Gesetz ignoriert hatte, seine naive Gleichgültigkeit, mit der er seine kleineren und größeren Delikte begangen, hatten gleichsam einen Stoß bekommen.

Er kam sich buchstäblich wie ein Neuling vor, wie ein Debutant, der im Begriff steht, die ungeübte Hand in eine fremde Tasche zu versenken und vor der Ausführung Lampenfieber bekommt. Er hatte sich doch wahrhaftig schon in ernsten Situationen befunden, wo die schwarze Silhouette des Zuchthauses in bedrohlicher Perspektive vor ihm aufgestiegen war, und hatte bei dem Gedanken nur gelacht, wie nur er lachen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220215-13/fragment/page=2

Polnische Vorbereitungen in Oberschlesien.

Schwierige Justizfragen.

Die deutschpolnischen Wirtschaftsverhandlungen werden voraussichtlich Ende Februar beendet sein, und dann wird der Vertrag binnen zwei Wochen dem Reichstag und dem Warschauer Sejm zur Ratifikation vorgelegt. Nach Austausch der Ratifikationsurkunden beginnen dann die im Genfer Entscheid bestimmten Fristen zu laufen. Nach § 6 der Anlage zum Artikel 88 müssen die polnischen Behörden im Laufe eines Monats die Verwaltung des an Polen abgetretenen Gebietes übernehmen. Die Polen haben inzwischen umfangreiche Vorbereitungen für diese Übernahme der Verwaltung getroffen. Durch Beschluß des Warschauer Kabinetts ist in Warschau ein Departement für oberschlesische Angelegenheiten eingerichtet worden, das in eine Abteilung für Bergbau und eine Abteilung für Handels- und Industriefragen zerfällt. Von polnischer Seite sind umfassende Pläne in bezug auf den Ausbau von Wasserstraßen in Vorbereitung, zu denen man bis zu 60 Prozent ausländisches Kapital heranziehen will. Die deutsche Sozialgesetzgebung, so zum Beispiel das Betriebsrätegesetz, soll im polnisch werdenden Teil Oberschlesiens erhalten bleiben.

Große Schwierigkeiten bereitet den Polen die Übernahme der Justizverwaltung. Hier ist namentlich ein sehr fühlbarer Richtermangel zu spüren. Es sollen 60 Richter aus Kongreßpolen, 20 aus Posen und Pommerellen nach Oberschlesien versetzt werden. Ferner will man Rechtsanwälte mit kommissarischen Richterstellen betrauen. — Die deutsche Regierung wird in Kattowitz ein deutsches Konsulat errichten. Im deutsch verbleibenden Teil Oberschlesiens werden vor allem Gleiwitz und Hindenburg fortan eine besondere Rolle spielen. Hindenburg soll in allernächster Zeit Stadt werden.

Deutscher Reichstag.

(Aus der 164. Sitzung.)

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen ging das Haus an die

Weiterberatung des Reichsetats für 1922.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) bemerkte, das Bestreben des Finanzministers, die Verwaltung zu vereinfachen, findet unseren vollen Beifall. Hoffentlich wird die innere Anleihe so gestaltet, daß sie eine gute Aufnahme findet. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit der äußeren Politik, denn die Reparationslasten werden wir niemals tragen können, so lange wir eine passive Handelsbilanz haben. Was geleistet werden kann, muß geleistet werden, aber grundsätzlich ist eine Ordnung unserer Finanzen unter dem Druck der Reparationslasten eine Unmöglichkeit. Die Betriebsverwaltungen müßten mit einem kleinen Beamtenheer arbeiten können, namentlich den oberen Beamten müßte klargemacht werden, daß sie denken und nicht bloß ihre Dienstzeit absitzen sollen. Der Redner führte ein Beispiel für bureaukratische Schwerfälligkeit an und bemerkte dazu, wenn der Beamte seinen Kopf statt des entgegengesetzten Körperteils in Anspruch genommen hätte, wäre die Angelegenheit durch ein Telephongespräch erledigt gewesen und das Reich hätte große Summen gespart. Der Redner bemängelte weiter die viel zu große Beamtenmenge in verschiedenen Reichsministerien. Dabei erwähnte er, daß ein Direktor der Zigaretten-Einkaufsgesellschaft, der schon Anfang 1921 wegen versuchter Bestechung gerichtlich bestraft wurde, heute noch sein monatliches Gehalt von 6000 Mark bezieht. Bei solchen Zuständen, rief der Redner aus, gehe der Glaube an den Staat verloren. (Zurufe im Hause: „Sehr richtig!") Den Eisenbahnbeamten müßte gesagt werden, daß auch sie den Bogen nicht überspannen dürfen. Ein Streikrecht können die Beamten nicht beanspruchen, wenn sie nicht auf ihre Beamtenrechte verzichten wollen. Sechs Zehntel der unterstützten Erwerbslosen Deutschlands befinden sich in Berlin. Die Ordnung der Berliner Verhältnisse ist die Voraussetzung für die Gesundung Deutschlands. Der furchtbaren Notlage der Hausbesitzer und Rentner muß abgeholfen werden.

Die Notlage der Presse

sollte der Eisenbahnverwaltung den Gedanken nahelegen, ob nicht das Zeitungspapier in einer niedrigeren Tarifklasse befördert werden könne. Von den wahnwitzigen Putschabsichten ist man wohl, rechts wie links, abgekommen. Wir müssen uns im Innern verstehen lernen, damit wir auch nach außen die notwendige Einheitslinie bilden.

Abg. Ersing (Zentr.) führte aus, die schlechte Lage der Staatsfinanzen erlaube es leider nicht, den breiten Volksschichten zu helfen, die heute unter der Geldentwertung leiden. Ob der rechnungsmäßig ausgeglichene Haushalt der rauhen Wirklichkeit standhalten wird, ist zweifelhaft. Wir müssen ernstlich sparen. Die Vereinfachung der Verwaltung ist notwendig. Die Steuermöglichkeiten müssen endlich klar zwischen Reich, Ländern und Gemeinden geteilt werden. Die Gemeinden müssen sich auch nach der Decke strecken, besonders auch in der Beamtenbesoldung. Dem Ultimatum der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner gegenüber sagen wir: „Regierung, bleibe hart!" Dieses Ultimatum richtet sich eigentlich gegen das deutsche Volk. Das Beamtenrecht ist mit dem Streikrecht nicht zu vereinbaren. Die Leitung dieser Reichsgewerkschaft arbeitet seit langem planmäßig auf einen Streik hin. Sie erläßt für die Streikdurchführung Bestimmungen so rigoros und volksfeindlich, wie sie niemals eine christliche oder sozialistische Gewerkschaft erlassen hat. Der Redner sprach sich noch über nähere Einzelheiten der Vorbereitung dieses Streiks aus und fuhr dann fort, in den letzten sechs Monaten sind 30 bis 35 Milliarden für Beamtengehältererhöhungen ausgegeben worden, und da wagt es die Streikleitung der Reichsgewerkschaft in einem Flugblatt zu behaupten, das Deutsche Reich habe gar nichts für seine Beamten getan.

Abg. Henke (U.-Soz.) meinte, die Streikneigung der Eisenbahner sei bei ihrer wirtschaftlichen Notlage begreiflich, und durch Erlasse, wie den des Reichsverkehrsministers, würde die Katastrophe nicht verhindert, sondern geradezu heraufbeschworen werden. Weiter wandte sich der Redner gegen den Kapitalismus, wobei er bemerkte, die Kreditaktion der Industrie sei ein Manöver der Schwerindustrie gewesen, um die Reichsfinanzen unter ihre Überwachung zu bringen.

Nach dem Abg. Henke sprach der Abg. Emminger (Bayer. Volksp.). Er bezeichnete die Geschichten von Verschwörungen, um die Monarchie in Bayern wieder herzustellen, als Ammenmärchen, denen man viel zu viel Bedeutung beimesse. Dann ging der Redner ausführlich auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ein.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes

bestritt, daß seine Angaben über die Nahrungsmittelzuschüsse den Angaben in der Denkschrift widersprochen hätten. Wenn er gesagt habe, daß bei der Post und Eisenbahn Ausgaben und Einnahmen ausgeglichen seien, so habe sich das nur auf den ordentlichen Haushalt bezogen. Im außerordentlichen Haushalt bleibe ein ungedeckter Betrag von mehreren Milliarden, aber es handle sich dabei um Ausgaben für Erweiterungen der Unternehmungen. Es sei auch sein Bestreben, bei Post und Eisenbahn, wie überhaupt bei der Verwaltung, einen Abbau des Personals herbeizuführen.

Von Nah und Fern.

Wie Dittmar entkam. Über die Flucht des Oberleutnants zur See a. D. Dittmar aus dem Gefängnis in Naumburg wird von zuverlässiger Seite mitgeteilt: Gegen 1 Uhr nachts, als eben eine Streife der Sicherheitspolizei die Anstalt passiert hatte, verschafften sich die Helfershelfer unter Benutzung einer Leiter und einer Matte, die sie auf die durch Glasscherben gesicherte hohe Umfassungsmauer legten, Eintritt in den Gerichtshof, indem sie an einem an der Leiter befestigten Knotentau von der Mauer auf den inneren Hof kletterten. Von hier aus müssen sie dem in einer Zelle des zweiten Stockwerkes untergebrachten Gefangenen eine sehr scharfe Stahlsäge in der Weise zugereicht haben, daß Dittmar diese an einer aus seinem zerschnittenen Bettlaken gefertigten Leine in seine Zelle ziehen konnte. Mit der Säge gelang es ihm in kurzer Zeit einige Eisenstäbe des Zellenfensters zu durchsägen, so daß eine Öffnung entstand, durch die er ins Freie gelangen konnte. Dittmar ließ sich dann an der Leine 12 Meter tief in den Gefängnishof hinab. Die Leine ist etwa in halber Höhe gerissen, und es ist zu vermuten, daß Dittmar einige Meter abgestürzt ist. Er muß dann an dem Knotentau über die Mauer geklettert sein. Die Nachtpatrouille im Innern des Gefängnisses befand sich an einer anderen Stelle der Anstalt.

Revision im Bürgermeisterprozeß. Der kürzlich als Mörder der beiden Herforder Bürgermeister zum Tode verurteilte Eisenbahnschmied Siefert, der sich gegenwärtig im Mannheimer Landgerichtsgefängnis befindet, hat durch seinen Rechtsbeistand gegen das Urteil der Heidelberger Geschworenen Revision beim Reichsgericht einlegen lassen.

Ein erwischter Steuermarkendieb. Ein Angestellter des Lohnbüros der Dynamobürstenfabrik „Ringsdorff-Werke A.-G." in Mehlem a. Rh. drang nachts in das Verwaltungsgebäude, riß aus allen Steuerbüchern die Seiten mit den noch nicht entwerteten Steuermarken, im ganzen für etwa 70 000 Mark, und wollte die Spuren seiner Tat dadurch verwischen, daß er die Steuerbücher mit Spiritus begoß und Feuer anlegte. Das Feuer wurde jedoch gelöscht und der Täter verhaftet. Die gestohlenen Steuermarken konnten der Firma zurückgegeben werden.

Zur Rettung von sechs Dampfern, die im Packeis festsitzen, ist der Kleine Kreuzer „Medusa" nach dem Rigaischen Meerbusen entsandt worden. Er konnte bis zum Kap Domesnäs, in dessen Nähe sich die gefährdeten Schiffe befinden, vordringen, doch gelang es ihm wegen der vorgelagerten großen Eismassen zunächst nicht, an die Schiffe heranzukommen. Am nächsten Tage setzten südwestliche Winde ein und erleichterten das Vordringen, so daß er die dänischen Dampfer „Tarnholm" und „Kurland" erreichen und aus dem Eise befreien konnte. Trotz lebhafter Anstrengungen konnten die übrigen vier Dampfer, die 13 Seemeilen südöstlich von Domesnäs festsitzen, bisher noch nicht erreicht werden, doch hofft man, mit Unterstützung eines Eisbrechers, auch ihnen Hilfe bringen zu können.

Die Todesopfer von Washington. Bei der Katastrophe des Washingtoner Knickerbockertheaters haben, soweit sich dies bis jetzt feststellen ließ, 114 Personen den Tod gefunden. Die Zahl der Verletzten erhöhte sich auf 134; von diesen dürften 14 ihren Verletzungen erliegen; das Theater soll in jeder Beziehung den baupolizeilichen Vorschriften entsprochen haben, so daß das Unglück nur der ungewöhnlichen Dicke der Schneedecke zuzuschreiben wäre.

Gerichtshalle.

Eine Klage Tollers. Der Kommunist Ernst Toller, der in Niederschönenfeld in Bayern wegen Beteiligung an den Münchener Räteumtrieben Festungshaft verbüßt, hatte gegen den Miesbacher Anzeiger wegen schwerer Beleidigung Klage erhoben. Der Redakteur des Miesbacher Anzeigers, Eck, erklärte, er wolle einen Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen nicht anbieten. Er wurde zu 300 Mark Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils verurteilt.

Ein oberschlesischer Mörder vor dem Sondergericht. Vor dem internationalen Sondergericht in Oppeln hatte sich der Schlosser Myrczik aus Scharley wegen Beihilfe zur Ermordung des Zeitungsverlegers Kupka, Herausgebers der Wochenschrift „Wola Ludu", zu verantworten. Myrczik wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die Strafe wurde jedoch als durch die Amnestie erledigt betrachtet, und der Mordbube wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Vermischtes.

Lichtmeß (2. Februar.) Es gibt in alter Bauernweisheit die durchaus nicht immer Aberglauben ist, sondern sich auf sorgsamer Beobachtung der Natur stützt, sogenannte Lostage, d. h. bestimmende Tage, die wie Wegweiser am Wege der Zeit stehen. Ein solcher Wegweiser zum Wetter der Zukunft ist auch der Tag Mariä Lichtmeß, der als ein Tag des Frühlingsbeginns schon seit alten Zeiten gilt. Die Wettersprüche: „Wenn's am Lichtmeß schneit, ist der Frühling nicht mehr weit, ist's dagegen klar und hell, kommt der Frühling nicht so schnell", und „Lichtmeß im Klee — Ostern im Schnee" sind allgemein bekannt. Wenige aber werden wissen, daß dieser Tag von alters her Zahltag und Zinstermin, und vor allem Ziehtag für die Dienstboten gewesen ist. Gesponnen darf am Lichtmeßtage nicht werden, die Bäuerin stellt einen Rocken mit Flachs auf den Mist, „damit der Hahn dran spinne". In Mecklenburg forderte eine alte Vorschrift, daß die Weiber am Lichtmeßtage bei Sonnenschein tanzen, damit ihnen der Flachs gedeihe. Andererseits dient der Lichtmeßtag auch zur Verscheuchung von allerlei Übel. Seinen Namen hat der Lichtmeßtag daher, daß sich die Gläubigen Kerzen und Wachslichter kirchlich segnen lassen, die sie dann während des Jahres in ihren Häusern bei Krankheit, gegen Gespenster und Hexen, namentlich gegen Hagel und Unwetter verwenden.

Künstliche Haarfarben spielen eine Rolle als Erkennungszeichen und auch sonst in der gerichtlichen Medizin. Leicht zu erkennen ist unter dem Mikroskop nur eine oberflächliche Färbung, zum Beispiel mit chinesischer Tusche, Torffarbstoff oder Stiefelwichse. Die überwiegende Zahl der Haarfärbemittel ist aus Silbersalzen hergestellt. Der Nachweis gelingt leicht an einem Haar durch Darstellung von Chlorsilber mit Salpetersäure und Salzsäure. Nächst dem Silber ist die Anwendung von Mangan in Haarfärbemitteln erlaubt. Wismutsalze sind nur zu braunen Farbtönen oder zu einem bräunlichen Schwarz zu verwenden. Eisensalze liefern schwarze, tintenartige Farbtöne, wenn sie mit Pyrogallussäure zusammen verwendet werden. Der Nachweis gelingt mittels der Berliner Blau-Reaktion. Ein überwiegend in ausländischen Präparaten immer noch vorhandenes Metall ist das Blei. Außerdem kommen in ausländischen Haarfarben noch Kobalt, Nickel und Chrom vor. In neuerer Zeit sind mit den Metallfarben Anilinfarben in Wettbewerb getreten. So ist zum Beispiel das Aureol ein Anilinfarbstoff. Zum Entfärben des Haares, das heißt zum Zerstören des natürlichen Farbstoffes, dienen in erster Linie Lösungen von Wasserstoffsuperoxyd, die durch Hinzufügen von verdünnten Säuren haltbar gemacht sind.

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Häßler.

44] (Nachdruck verboten.)

Woher denn nun auf einmal diese klägliche Dilettantenstimmung? Wozu dies ungewohnte kopfhängerische Nachgrübeln über Dinge, die doch nun einmal nicht zu ändern waren? Philosophieren und Erwägen waren doch sonst nicht seine Sache gewesen, deshalb strengte die ungewohnte Denkarbeit, zu der das Fremde in seiner Brust ihn unablässig zwang, ihn geistig und physisch an, machte ihn nervös und reizbar und verdarb ihm sogar das Vergnügen an dem mühsamen Erwerb des famosen Alkaloids, das er wohlverwahrt in der Westentasche trug, und dessen ebenso schmerzlose, wie absolut sichere Wirkung ihm der Gelehrte mit dem Vogelkopf eingehend geschildert hatte.

Mißmutig und erregt kam er in seinem Hotel an, und als er in seinem Zimmer war und die Tür verriegelt hatte, drehte er zunächst alles Licht auf, denn er hatte das Bedürfnis nach Helle — er wußte selbst nicht, warum. Schwül und dumpfig war es im Zimmer. Er öffnete weit die Fenster hinter den Stores, aber auch von draußen wehte die warme Luft der gewitterbangen Julinacht. Sein Kopf brannte förmlich. Seine Stirn glühte wie noch nie. Er goß Wasser ins Becken und begann sich auszukleiden, um sich ordentlich kalt abzureiben und zu erfrischen, bevor er zu schlafen versuchte.

Als Felix sein Hemd abwarf, fiel sein Blick in den hohen Spiegel — ganz unabsichtlich. Regungslos blieb er stehen und starrte in das Glas, als sähe er plötzlich dort eine fremde Gestalt, umflutet von der weißen elektrischen Lichtwelle, vor sich stehen. Nicht die jugendliche Schönheit dieses Körpers mit dem vollendeten Ebenmaß der schlanken Glieder schmeichelte seiner Eitelkeit, etwas ganz anderes bannte seinen Blick. Von der schneeweißen hochgewölbten Brust hob sich in der grellen Beleuchtung seine seltsame Tätowierung mit scharfer Deutlichkeit ab. Eine menschliche Hand war es, die drei Finger wie zum Schwur erhoben hielt, und darunter ein Datum: 27. II. und eine Jahreszahl. Sechs Jahre zurück. Unheimlich hoben sich die dunkelblauen Linien von dem weißen Grunde der Haut ab, und ebenso unheimlich wie emporlodernder Brand glomm es in den Augen auf, die lange diese Zeichen betrachteten, die er bis heute kaum mehr beachtet hatte, die ihm längst nicht mehr als etwas anderes aufgefallen waren, als irgend ein zu seinem Körper gehöriges Etwas.

Und heute mit einem Male schien diese Hand dort lebendig zu werden, die drei Finger schienen sich zu recken und die Zahlen darunter brannten förmlich auf seiner Brust, daß er unwillkürlich mit der Hand darüber wegfuhr, weil die Stelle ihn schmerzte. Dann tauchte er Gesicht und Brust in das kühlende Wasser, goß sich den Rest aus dem Kruge über Kopf und Nacken, und nachdem er sich abgerieben, warf er sich aufs Bett und versuchte zu schlafen. Aber immer wieder stieg das Bild eines Mannes vor ihm auf, das dieses unvergängliche Zeichen auf seinem eigenen Leibe wachgerufen hatte, das Bild des Baumeisters Berger mit den kalten, grausamen Augen, das Bild des Mannes, der sein Liebstes vernichtet, der ihm Eltern und Heimat geraubt, der ihn jetzt, nach sechs Jahren, zum Mörder machen wollte, und den er haßte, wie er nur zu hassen imstande war.

Wirre, wilde Träume umnebelten seine erregten Sinne, in rasender Jagd wechselten bunte, beängstigende Bilder, die bald längst Vergangenes, bald Vergessenes mit allem Schrecken wieder lebendig machten, bald Künftiges, noch Grauenvolleres vor ihm erstehen ließen, daß im festen Schlafe die Hände sich bald zuckend in die Kissen krallten, bald ein leises Stöhnen sich den halbgeöffneten Lippen entrang, während der heiße Körper sich ruhelos in den Kissen wälzte.

Als er plötzlich emporschrak und die Augen weit öffnete, schien hell die Sonne ins Zimmer. Der Spuk seiner Träume verflog. Es war Tag. Schlaftrunken, wie nach einer wild durchzechten Nacht, erhob er sich vom Lager. Seine Glieder waren wie zerschlagen und seine Augen brannten.

Das delikate Frühstück, das der Kellner ihm brachte, rührte er kaum an, nur den Kaffee trank er aus und stürzte zwei Kognaks hinunter, während er sich ankleidete. Aber er wurde nicht frischer davon, und alles, was er weiter tat, geschah mechanisch wie in wachem Traum. Er bezahlte seine Rechnung und überzählte dann seine Barschaft. Er besaß noch mehr als 500 Mark. Das war mehr als genug.

Eine Stunde darauf saß er im Kupee, hatte sich eine Zigarre angesteckt und müde den Kopf in die Kissen zurückgelehnt, versuchte er seine Gedanken zu ruhiger Sammlung zu zwingen, einen festen Plan zu entwerfen, nach dem er kaltblütig und bestimmt zu Werke gehen wollte, wie er es sonst immer getan hatte.

Welchem Endziel trug ihm der dahinbrausende Schnellzug entgegen? Er sollte einen Mord begehen. Er war gedungen, einen Menschen zu töten, den er kaum dem Namen nach kannte, für den er nichts Persönliches empfand, weder Haß noch Zuneigung. Der Preis war ein Vermögen, das ihn in den Stand setzen konnte, seine ganze Vergangenheit auszulöschen. Das lockte. Das war Sirenengesang für die Gedanken eines Menschen, der vom Leben nichts zu hoffen hatte, der keinerlei Gemeinschaft hatte mit denen, die reinen Gewissens und erhobenen Hauptes im Licht der öffentlichen Achtung wandelten. Sein ganzes bisheriges Leben war ein fortgesetzter Krieg mit der menschlichen Gesellschaft, deren Gesetze er verachtete und schon als junger Bursche mit wahrer Wollust unter die Füße getreten hatte. Weiche Regungen hatte er nie gekannt, die Liebe war nie verklärend in sein Leben getreten, einen Glauben an Höheres hatte er nie gehabt. Nur an einem Wesen hatte er gehangen, mit fanatischer Liebe, aber da war er noch ein Knabe, und das war ein so rein selbstverständliches Gefühl gewesen, wie es auch das junge Raubtier zur Mutter empfindet.

Seine Mutter! — Seine schöne Mutter! —

(Fortsetzung folgt.)

Danksagung.

Für die uns erwiesene Teilnahme, beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, für die reichen Kranzspenden, sowie für die wohltuenden Worte des Herrn Pastor prim. Abert sagen wir herzlichsten Dank.

Familie Dommes.

Elternversammlung

Freitag, den 17. Februar abends 8 Uhr findet im Waldhof eine allgemeine

Eltern-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Teil (amtlich): Vorbereitung der Neuwahl des Elternbeirates.
2. Teil (nichtamtlich): Die Zukunft der deutschen Volksschule.

(Referat und Aussprache.)

Alle Väter und Mütter werden hiermit herzlichst eingeladen. Als Gast ist jeder willkommen, der ein Herz für die Schule hat.

Der Rektor: Ellrich.

Bürgerbund

Einladung

zu der am **Donnerstag, den 16. Februar** abends 8 Uhr im Hotel Waldhof stattfindenden

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung u. Wahl der Kassenrevisoren
2. Vorstandswahl
3. Verschiedenes (Stellungnahme zur Senatorenwahl.

Um das Erscheinen aller Mitglieder bittet

Der Vorstand.

Gemüse-Konserven:

— Brech-Bohnen, Erbsen, Erbsen mit Karotten, — Leipziger Allerlei, Blumenkohl, Spargel, Sauerkirschen, Pflaumen eingetroffen bei

W. Kuthe.

Reinwollene Kinderstrümpfe,
Schmidtsche-Jackenwolle
in verschiedenen Farben,
Strickwolle bewährte Qualitäten
Handarbeiten
empfiehlt
Adolf Zander.

Gestrickte Wollabfälle
w. z. B.:
Strümpfe, Schals, Sweater, Westen und dergl., finden sich in jedem Haushalt, dieselben wolle man sammeln und an mich abliefern ich zahle höchste Tagespreise, tausche dieselben auch gegen Stoffe um

Adolf Zander.

Meine bekannt guten

Strickgarne

Marke "Hauswolle"

sind wieder in großen Mengen eingetroffen, zu billigsten Preisen

Reinwollene

Strümpfe

für Herren, Damen und Kinder zu alten Preisen

Walter Hüther.

— Tüchtiges sauberes —

Mädchen

(Zum 1 März)

gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Zeitung.

Ein Paar

Schneeschuhe

sind zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Hausgrundstück

— mit Stallung —

zu verkaufen. Wo sagt die Geschäftsstelle.

Zahnpraxis

G. E. Schurig, Elbinger.

Untere Schulstraße

Plattenloser Zahnersatz, der Brückenzahnersatz, das beste was die Technik bietet.

Kronen, Stiftzähne, Plomben, (Zahnziehen schmerzlos)

durch rechtzeitigen Einkauf von Materialien ist es mir noch immer möglich die Oktoberpreise zu halten.

Behandlung von Kassenmitglieder.

Klavierstimmen

Komme nächste Woche nach Elbingerode. Wer sein Klavier gestimmt od. repariert haben will, melde sich bitte gleich in der Geschäftsstelle

Kurt Burghardt

Klavierstimmer u. Reparateur früher bei der Fa. Hupfeld A.-G. Leipzig, jetzt Bennecken-stein Töpfermarkt 8.

Gebe

Kuhdünger

gegen **Stroh** ab. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

1 leichten

Kuhwagen

(ein- u. zweispänn. zu fahren) und eine noch sehr gut erhaltene

Milchzentrifuge

für ein und mehrere Kühe verkauft

Aue. Blankenburg.

Ia.
Vollbücklinge
Sprottbücklinge
Sprotten
Bratheringe
Bismarckheringe
Rollmops
Sardinen
frisch eingetroffen bei
W. Kuthe.

Fay's echte Sodener
Mineralpastillen
vorrätig bei
Ernst Lüder's Nachf.

Jeden Posten leere

Weinflaschen

u. 1/4-Literflaschen kauft

H. Edert.

Rum, Cognac, Branntwein

gute Qualitäten zu billigen Preisen wieder in großen Mengen vorrätig

H. Edert.

Extra kräftige

Hand-Leiterwagen

empfiehlt

Ernst Lüders Nachf.

Viehsalz

zum Aufiauen von Eis empfiehlt

Ernst Lüders Nachf.

Einkochgläser

(Weck u. Adler)

in allen Größen wieder vorrätig bei **W. Kuthe.**

Alle Reparaturen

an Uhren-, Gold- und Silberwaren werden ausgeführt bei

F. Bunge.

Untere Schulstraße 141.

Trink-Branntwein

35 Proz. 3/4-Ltr.-Fl. 31 Mk

Jam. Rum-Verschnitt
40 Proz.
Weinbrand-Verschnitt
40 Proz.
Rotwein

Ernst Lüders Nachf.

Conservengläser

in allen Größen vorrätig bei

Ernst Lüder's Nachf.

Lumpen
Knochen
altes Eisen
Papier
Wollabfälle

kauft ständig zu höchsten Tagespreisen

Fr. Berger jun.
Wilhelm- Ecke Parrstr.

Manchester

schwere Ware
sehr preiswert.
A. Marwilski.

Ulster, Bozener Mäntel, Lodenjoppen, Manchester, Pilot- u. Zwirnhosen, blaue Arbeitsanzüge

in allen Größen zu billigsten Preisen am Lager

Adolf Zander.

Leinen-
und
Baumwollwaren

sehr preiswert

Walter Hüther

Im Preise
! bedeutend !
herabgesetzt!

Burschen-Anzüge gefüttert, 150 u. 175 Mk.
Herren-Anzüge gefüttert, 250 u. 350 Mk.
Damen-Mäntel, 150—250 Mk.
Damen-Kostüme, 125 Mk.
Kinder-Mäntel, 75—100 Mk.
Abend-Hosen, Halbwolle, 75—100 Mk.

Es sind nur noch einige Stücke hiervon vorhanden

Adolf Zander.

Schwarze Blusen

in

Seide, Wolle u. Voile

zu außerordentlich billigen Preisen.

Walter Hüther.

Auf der Höhe

ist der

Spezial-Separator

mit selbstbalancierender Trommel.

Schärfste Entrahmung. Höchste Leistungsfähigkeit. Leichte und bequeme Reinigung. Leichtester Gang. Dauerhafte Bauart. Lange Lebensdauer

sind die Vorzüge der Milchschleudern. Der außerordentlich einfache Trommeleinsatz bringt

mehr Butter und bessere Butter

Ueber **300** Stück hier und in den Nachbarorten zur vollsten Zufriedenheit der Besitzer im Betriebe. In verschiedene Größen zu haben bei

Oel und Ersatzteile sowie Reparaturen preiswert und gut. **H. Rensch.**

Baumaterialien-Handlung

Marquordt & Meinecke

Fernsprecher No. 14

hält stets auf Lager:

Zement, Putzsand, Edelputz, Terronova, Schnellgips Rohrgewebe, Ziegelsteine, Dachpappen.

Hamburger Nachrichten

Seit ihrem Bestehen sind die Hamburger Nachrichten, getreu ihren mehr als 125jährigen Traditionen der Mentor für alle Gebiete des Geisteslebens. Die vollkommene Organisation ihres Nachrichtendienstes, die Zuverlässigkeit und Aktualität ihres Handelsblattes, ihr allen Anforderungen entsprechender Inhalt auf den Gebieten: Politik, Wissenschaft, Literatur und Kunst hat ihnen stets die geistige Führerschaft des besten Bürgertums im ganzen Reiche erhalten.

Monatlicher Bezugspreis Mk. 10.—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220215-13/fragment/page=4

Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote" erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 9.–, durch die Post bezogen Mark '.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile ·0 Pfennig, nach auswärts Mark 1.—.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 13 — Mittwoch, den 15. Februar 1922 — 56 Jahrgang.

Amtliches

Bekanntmachung.

Städtischer Brennholzverkauf.

Den Bedürfnissen derjenigen unserer Burger Rechnung zu tragen, die dringend Brennholz benötigen, wird der Magistrat Freitag und Sonnabend, den 17. und 18. d. Mts. auf dem Hofe des Rathauses Holz verkaufen.

Berücksichtigt wird nur, wer sich bis Donnerstag Nachmittag in Zimmer 3 des Rathauses in eine Liste hat eintragen lassen. Die Menge, die im Einzelfalle verabfolgt werden kann, jedoch 2 Meter nicht übersteigen darf bestimmt der Magistrat. Der Preis (Selbstkosten) beträgt 80 Mk. pro Meter und muß sofort erlegt werden.

Elbingerode, den 14. Februar 1922.

Der Magistrat: Selke.

Lokales

und aus dem Harzgebiet.

Elbingerode, den 15. Februar 1922.

Der Religionsunterricht in der Schule.

Das Landeskonsistorium erläßt folgenden Aufruf:

Die verfassunggebende Kirchenversammlung der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover hat gegenüber der täglich wachsenden Propaganda für die bekenntnislose Schule und für die sogenannte Gemeinschaftsschule einstimmig erklärt, daß sie sich voll und ganz auf den Boden der Beschlüsse des zweiten deutschen evangelischen Kirchentages zu Stuttgart stellt und in Uebereinstimmung mit ihm für die Kinder der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover nachdrücklichst Schulen ihres Bekenntnisses fordert, in denen das ganze Schulleben von einem einheitlichen Geist durchdrungen ist, und in denen darum der Charakterbildung am besten gedient wird.

In freudiger Zustimmung zu dieser Erklärung treten auch wir dafür ein, daß in den Gemeinden unserer Landeskirche die evangelisch-lutherische Schule erhalten bleibt. Wir begehren nicht, daß die Kirche in der Schule oder gar über die Schule die Herrschaft hat. Aber wir verlangen, daß der evangelisch-lutherische Religionsunterricht seine Stellung in der Schule behält und daß die evangelisch-lutherische Welt- und Lebensauffassung das ganze Schulleben bestimmt. Denn der fromme und sittliche Mensch im Geist des Evangeliums ist das oberste Ziel der Erziehung, von dem wir um unseres Volkes und um unserer Kirche willen nicht lassen dürfen.

Es sind jetzt starke Kräfte eifrig am Werk, die evangelische Schule, die wir bisher gehabt haben, zu beseitigen. Die Entscheidung steht nahe bevor. Durch die Reichsverfassung ist den Erziehungsberechtigten ein entscheidender Einfluß auf die künftige Gestaltung der Schule eingeräumt. Darum wenden wir uns jetzt an Euch, Ihr evangelisch-lutherischen Eltern, mit der dringenden Bitte und Mahnung: macht Gebrauch von Eurem Recht zur Verteidigung und Erhaltung der evangelischen Schule! Laßt sie Euch und Euren Kindern nicht nehmen! Fordert einmütig, daß sie erhalten bleibt! Schart Euch zusammen unter der Losung: für evangelische Schulen! Einigkeit macht stark und führt mit Gottes Hilfe zum Siege.

Wir sind überzeugt, daß diese beherzigenswerten Worte die Zustimmung der großen Mehrzahl unserer Eltern finden werden.

— **Die Halberstadt-Blankenburger-Eisenbahnverwaltung** hat beim Landratsamt Beschwerde geführt, daß entgegen dem allgemeinen Verbot, die Eisenbahnstrecke beim Schichtwechsel von den Elbingeröder Arbeitern benutzt wird, als sei sie ein öffentlicher Weg. Insbesondere klagt der Streckenwärter, er werde gehöhnt und seine pflichtgemäßen Anordnungen würden verlacht. Abgesehen von der schweren Bestrafung, die wiederholte Uebertretungen nach sich ziehen, ist es überaus häßlich, einen alten Beamten, der seiner Pflicht nachkommt, das Leben so schwer

… hrdung hingewiesen,
… entstehen kann Wir
… jenigen einzuwirken,
… lns nicht recht klar
… Promenade, auf der
… ann. M.

… sschlüffel sind ge-
… 2.

… Schneeverhältnissen

… merika war Sonntag
… vertung des Dollars
… uletzt amtlich 199,80

… aldemokratische Blatt
… die Art, wie Sepp
… Vorteil mißbrauchte.
… inen Mitbesitzer der
… ehlen, gerichtet hat,
… r schlägt in diesem
… che mich mit Ihnen
… ft zu machen." Er
… stand mit Rat und
… r Ministerpräsident-
… nehmens stellt. Als
… erpräsidentschaft eine
… gewinn, die sich stei-
… des Unternehmens
… nimmt zu diesen Ent-
… reund" veröffentlicht
… er während seiner
… in Hehlen geschrieben
… reund" nicht. Daß
… einer Sitzung zuge-
geben … mmel, der als „Fragment" bezeichnet wird, und ein Briefwechsel zwischen den beiden sozialdemokratischen Landtagsfraktionen abgedruckt. Eine parteiamtliche Entscheidung bringt das Blatt der U. S. P. D. noch nicht; scheinbar bleibt es also bei Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Die Schriftleitung des Parteiorgans der Unabhängigen schreibt, soweit die Ausführungen Herrn Oerter betreffen, folgendes: „Bestätigen sich die Angaben des „Volksfreund", so ist es allerdings im Interesse der Partei nur eines zu tun, nämlich, unsere Mitglieder aufzuklären, daß sie nicht für Personen kämpfen, sondern für die Idee des Sozialismus, für die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joche des Kapitalismus. Die Partei, das Wohl der Gesamtheit, muß über das Wohl des Einzelnen gesetzt werden. Wir wären sonst nicht Sozialisten." — In der „Br. Ldsztg." veröffentlicht der Großfabrikant Wemmel in Hehlen eine eidesstaatliche Erklärung, daß er den bekannten Brief des früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Oerter, in dem dieser für geleistete amtliche Dienste 3 v. H. des Reingewinnes sämtlicher Wemmelscher Unternehmungen fordert, niemals empfangen und auch niemals für derart geleistete Dienste Gegenleistungen von ihm empfangen habe.

— **Revision Otto Otto—Oerter-Prozeß.** Gegen das Urteil der ersten Strafkammer in Braunschweig, das am 31. Januar 1922 gegen Otto Otto gefällt wurde, hat Otto Otto sofort Revision eingelegt. Abgesehen von den rein formalen Gründen, die eine Revision herbeiführen sollen, haben sich nachträglich wichtige Schriftstücke vorgefunden, die wegen des so schnell in Szene gesetzten Verfahrens (durch Verfügung des Justizministers Junke) nicht rechtzeitig zur Stelle gebracht werden konnten und haarscharf beweisen, daß Otto keine Bestechung vornahm, sondern, daß Oerter ihm das Geld abverlangte, denn zu einer Bestechung lag für Otto keine Veranlassung vor. Oerter hat Otto 20 000 Mark abgenommen und zwar in 2 Raten; die letzten 10000 Mark vier Wochen nach Erlangung der Berufsauszeichnung, nachdem er Otto vorher bedroht hatte, er könne auch die Berufsbezeichnung entziehen. Otto Otto machte von der Amnestie grundsätzlich keinen Gebrauch, er beharrt auf der Revision, gegebenenfalls auf Grund seiner neuen Beweise auf ein Wiederaufnahmeverfahren.

— **Für die Not der Kleinrentner.** Von den vom Reich zur Unterstützung der notleidenden Kleinrentner bereitgestellten 100 Millionen Mark sind auf Preußen 61,8 Millionen Mark entfallen. Diese Summe wird auf die einzelnen Provinzen wie folgt verteilt: Ostpreußen 3 200 000 Mark, Brandenburg 3 500 000 Mark, Berlin 7 400 000 Mark, Pommern 2 300 000 Mark, Nieder- und Oberschlesien 8 300 000 Mark, Sachsen 5 000 000 Mark, Schleswig-Holstein 2 400 000 Mk., Hannover 4 500 000 Mark, Westfalen 8 000 000 Mark, Hessen-Nassau 3 700 000 Mark, Rheinprovinz 12 600 000 Mark, Grenzmark 800 000 Mark, Hohenzollern 100 000 Mark.

— **Die Kirchensteuer 1921 endgültig nach 1920.** Die Kirchensteuer vom Einkommen wird für das Rechnungsjahr 1921 endgültig nach der Einkommensteuer für 1920 erhoben. Es stellt dies eine Verfügung des Ministers für Volksbildung ausdrücklich fest, der der Oberkirchenrat bereits zugestimmt hat. Dies gilt schon für das letzte Vierteljahr des Rechnungsjahres 1921. Eine vorläufige Kirchensteuer gibt es nicht mehr.

— **Zum Kampf um die Gewerbesteuer in Preußen.** Wie wir hören, ist man von dem Gedanken abgekommen, schnellstens eine Novelle zur Gewerbesteuer in Preußen vorzulegen, um die Klasseneinteilung zu beseitigen und die gewerbesteuerfreie Mindestgrenze zu erhöhen. Man will zunächst die Novelle zum Landessteuergesetz abwarten, welche bereits dem Reichsrat vorgelegt worden ist. Diese Novelle zielt darauf ab, den Gemeinden größere Erträge aus den Reichssteuern zuzuführen, um so die Hauptursache für die übermäßigen Gewerbesteuerüberlastungen durch die Gemeinden zu beseitigen. Es wird allerdings dann noch sehr darauf ankommen, ob es nach Ergehen dieser Novelle zum Landessteuergesetz wirklich gelingt, die Gemeinden zum Abbau ihrer hohen Gewerbesteuern zu zwingen. Auf jeden Fall sollte in allen Gemeindeparlamenten die Erhöhung der Gewerbesteuer auf das schärfste bekämpft und verhindert werden mit dem Hinweis darauf, daß die Novelle zum Landessteuergesetz den Gemeinden erhebliche Beträge aus Reichsmitteln zur Verfügung stellen wird. Wir verweisen hierbei auch darauf, daß das Reich zur Deckung der durch die Gehaltserhöhungen der Kommunalbeamten und Arbeiter notwendigen Beträge bereit ist, aus Reichsmitteln Steuervorschüsse für die Gemeinden zu gewähren. In ländlichen Gemeinden ist darauf hinzuweisen, daß eine gerechte Verteilung der Lasten auf landwirtschaftlich genutzten Grundbesitz und Gewerbebetrieb nur dann vorliegt, wenn die Grundsteuer prozentual sechs mal so hoch wie die Gewerbesteuer belastet wird. Das sind weitere Waffen gegen Gewerbesteuererhöhungen. Die Handwerksvertreter in den Gemeindeparlamenten müssen energisch von diesen Waffen Gebrauch machen.

— **Die Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheimsche ritterschaftliche Kreditkommission in Hannover** hat in diesen Tagen den Bericht über die Geschäftslage der von ihr vertretenen Anstalt betr. das Rechnungsjahr 1920/21 zur Versendung gebracht. Wir entnehmen daraus, daß der Nennbetrag der am Schlusse des Geschäftsjahres umlaufenden Schuldverschreibungen (Obligationen) des Kreditvereins 43 063 350 Mk. (i. Vorj. 39 423 950 Mk.) betrug. Dagegen belief sich die Summe der durch Tilgungsguthaben nicht gedeckten Teile der von der Anstalt ausgegebenen Darlehen auf 42 611 957,83 Mk. (38 909 532,89 Mk.). Für bewilligte, aber noch nicht ausgezahlte Darlehen war ein Barbestand von 1 046 394,42 Mk. (1 326 263,11 Mk.) vorhanden. Rückzahlungen auf Darlehen sind zufolge der Flüssigkeit an Zahlungsmitteln, welche auch auf dem Lande herrscht, wiederum in nennenswertem Maße erfolgt. Zusammen mit den satzungsmäßigen Abträgen machten sie 1 517 275,06 Mk. (1 360 612,14 Mk.) aus. Um so beachtenswerter ist im Unterschiede von der Mehrzahl anderer Grundkreditanstalten, insbesondere der Hypothekenbanken, bei welchen das Kreditbegehren im allgemeinen außerordentlich schwach war, die erhebliche Beleihungstätigkeit des Ritterschaftlichen Kreditvereins, die in dem Anwachsen seiner Darlehnsforderungen um rund 10 % des vorjährigen Standes sich zeigt und im laufenden Jahre, wie wir hören, in noch stärkerem Maße fortgeschritten ist. Zurückzuführen ist diese Tatsache hauptsächlich auf den Kreditbedarf der größeren Grundbesitzer anläßlich der Reichsnotopfer-Entrichtung. Diese starke Inanspruchnahme des gemeinnützigen Instituts, das übrigens land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz aller Art und jeder Größe beleiht, sofern er in den alten Fürstentümern Calenberg, Göttingen, Grubenhagen und Hildesheim (also etwa den Regierungsbezirken Hannover und Hildesheim) belegen ist und einen Wert von mindestens 18 000 Mk. hat, läßt sich gut verstehen, wenn man eine Fußnote in dem Jahresbericht beachtet, wonach sich das Geld für die Darlehnsschuldner auf nur 3.6875 % (3,625) bezw. 4.1875 % (4,125) stellte, je nach dem, ob es sich um alte oder neuere Schuldverhältnisse handelt. Der Vorstand rechnet mit einer Fortdauer dieses ungemein günstigen Zins- (genauer „Beitrags"-) Satzes in der Voraussicht, daß diejenigen, welche es angeht, auch künftig ihren Kapitalbedarf bei dem Kreditverein zu decken suchen und dadurch zu dessen Weiterentwickelung beitragen werden.

— **In der Wintertagung der Vereinigung Niedersächsischer Handelskammern** (Bielefeld, Detmold, Emden, Geestemünde, Göttingen, Goslar, Hannover, Harburg, Hildesheim, Lüneburg, Minden, Oldenburg, Osnabrück, Verden, Pyrmont, Stadthagen) die im Januar unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrat Senator Beindorf in der Handelskammer zu Hannover abgehalten wurde, war die Frage der Erstattung des erhöhten Goldzolles Gegenstand eingehender Erörterung; die Ausarbeitung ins einzelne gehender Vorschläge hierzu wurde einer Kommission überwiesen. — Der scharfe Einspruch, den die Vereinigung gegen den im Steuerausschuß des Reichstags gestellten Antrag auf Befreiung der Genossenschaften, Konsumvereine und dergl. von der Umsatzsteuer erhoben hat, fand allgemeine Billigung; dagegen sprach man sich für die Befreiung der Agenten von der Umsatzsteuer aus. — Weiter wurde beschlossen, sich für vorübergehende Aufhebung des Identitätsnachweises im gewerblichen Veredelungsverkehr dahingehend einzusetzen, daß zollfreie Einfuhr von ausländischem Rohmaterial und ausländischen Halbfabrikaten lediglich unter der Bedingung möglich ist, daß eine bestimmte Menge Halb — bezw. Fertigfabrikate gleicher Art wieder ausgeführt werden, wobei es gleichgültig sein soll, ob die auszuführenden Waren aus den zur Veredelung eingeführten oder aus gleichartigem inländischen Ursprungs hergestellt sind. — Ferner wurde zu den für die Gewerblichen Betriebszähler 1922 in Aussicht genommenen Fragebogen Stellung genommen und verschiedene Abänderungsvorschläge hierzu beschlossen. — Außerhalb der Tagesordnung hielt der Geschäftsführende Sekretär des des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes einen Vortrag über die Frage des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich.

Blankenburg. Die Stadtverordneten hatten für die Erbauung von 8 Wohnungen am Schäferplatz 500000 Mark bewilligt. Die Häuser sind jetzt fertig geworden, kosten aber 1 050 000 Mark, sodaß also die Kosten für eine Wohnung sich auf 200000 Mark belaufen. Die fehlende Summe von 550000 Mark wurde nachbewilligt. Da beim geplanten Bau zweier weiterer Häuser an der Michaelsteinerstraße sich dieselben Verhältnisse herausstellen würden, beschloß man, diese Häuser auf städt. Grundbesitz zu erbauen. Als Baukosten wurden 1 335 000 Mark bewilligt. Für die Unterstützung von Sozialrentnern sind 220 000 Mark erforderlich, da von 165 eingegangenen Anträgen 123 begründet sind. Da 80 v. H. das Reich trägt, entfallen 44009 Mark auf die Stadt; die Summe wurde bereitgestellt. Dem Ankauf von 100 000 Mark junger Aktien der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn wurde nachträgliche Zustimmung erteilt. Für das Freimachen von Wohnungen wurde ein besonderer Vergütungssatz beschlossen, der beträgt für jeden Quadratmeter großen Wohnraum 400 Mark, darunter 300 Mark bei Umzug nach außerhalb bei 16 Quadratmeter großen Räumen je 600 Mark und darunter 450 Mark. Ferner bemerkte der Rat, daß, falls bis zum 1. März das neue Höchstmietengesetz nicht erlassen sei, die Stadt dann eine eigene Höchstmietenordnung festsetzen werde.

Halberstadt. Der Letzte von Mars-la-Tour. Dieser Tage wurde auf dem Mariendorfer Friedhof in Berlin der im Alter von 78 Jahren verstorbenene Obersteuerkontrolleur Lang zu Grabe getragen. Er hatte am 16. August 1870 im Kürassier Regiment von Seydlitz, Magdeburgisches Nr. 7, an dem unvergeßlichen „Todesritt" der Brigade Bredow teilgenommen und war der Letzte der Wenigen des Regiments, die diesen Ritt überlebten, der letzte lebende Zeuge eines Stückes deutscher Kriegsgeschichte.

Halle. Die böse Stiefmutter. Wie aus Halle berichtet wird, schritt gegen eine unglaubliche Roheit, die sich ein Ehepaar in Hesselbach gegen seinen elfjährigen Sohn hat zuschulden kommen lassen, jetzt die Staatsanwaltschaft ein. Der Knabe fuhr vor einigen Tagen sein kleines Schwesterchen im Schlitten. Da das Kind unterwegs seinen Sänger verloren hatte, befahl die Stiefmutter dem Knaben, nochmals zurückzugehen und das Verlorene zu suchen. Er sollte aber nicht wagen, ohne den vermißten Gegenstand zurückzukehren, da der Vater ihn sonst totschlagen würde. Daraufhin blieb der Knabe vier Tage lang verschwunden, ohne daß sich die Eltern darum kümmerten. Dann fanden ihn einige Bäuerinnen im Nachbarort mit erfrorenen Füßen in einer Scheune. Sie brachten ihn zu den Eltern. Diese jedoch kümmerten sich noch immer nicht um den Knaben, obwohl das Fleisch an den Füßen bereits in Verwesung überzugehen begann. Der Kleine wurde endlich in das Distriktskrankenhaus Kronach geschafft, wo ihm beide Beine amputiert werden mußten.

Eingesandt.

Auf das Eingesandt vom 11. 2. 22 im Harz-Boten möchte ich folgendes erwiedern: Das Wort „Solidarität" birgt vieles in sich und ist gerade nicht das Ideal derjenigen Einwohner, die sich finanziell etwas und viel besser stehen wie der gewöhnliche produktive Arbeiter, dessen Prinzip es ist, Sozialismus und Solidarität zu üben.

Muß denn der Arbeiter mit seiner schon ohnehin geschwächten Arbeitskraft, — denn diese ist doch nur das Vermögen desselben — wieder an der Spitze marschieren?

Die Frage werfe ich hier auf, warum nicht von den bessersituirten Einwohnern Solidarität geübt wird, die eine 3—4 Zimmerwohnung innehaben, da doch nach dem Wort „Sozialismus" das nationale Anteil gleich sein soll und könnte doch diese wenigstens auf 2 Zimmer beschränkt werden, ich glaube, die Kalamität wäre etwas behoben.

Meiner Ueberzeugung nach glaube ich nicht, daß sich ein Hausbesitzer mit der Freischicht pro Quartal einverstanden erklären wird, trotzdem er durch die Wohnungsnot indirekt auch gedrückt wird.

Ich möchte an dieser Stelle dem Wunsche Ausdruck geben, doch, bevor das Gewerkschaftskartell Umfrage hält oder darüber abstimmen läßt, ob die Arbeiter von ihrem Vermögen bestehend in Arbeitskraft den Wohnungssuchenden und zugleich den 3 und 4 Zimmerwohnungsinhabern unterstützen wollen, — denn diese werden doch mit unterstützt, weil durch Aufhebung der Wohnungsnot diesen ihre Zimmer belassen werden. Erkundigungen von den Industrieinhabern, sowie Landwirtschaft und Gewerbetreibenden einzuholen, inwieweit diese Herren Sozialismus und Solidarität üben wollen und werden wir als produktive Arbeiter dann auch dazu beitragen, was dem Guten dienlich ist.

(Wir bitten um weitere Stellungnahme und Aussprache in dieser Angelegenheit. D. R.).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220215-13/fragment/page=5